

„Das ist nur der erste Schritt“

Bislang gelangten Informationen über Flugzeuge, die Kerosin ablassen, meist nur durch Zufall an die Öffentlichkeit. Das soll sich bald ändern. Das Bundesverkehrsministerium bestätigt, dass die Umsetzung des entsprechenden Auftrags aus dem Koalitionsvertrag kurz vor dem Abschluss steht. Allerdings gibt es Unterschiede zu den ursprünglichen Plänen.

VON ANDREAS GANTER

KAISERSLAUTERN. Der berühmte sprichwörtliche Tropfen, der das Fass für viele Pfälzer zum Überlaufen brachte, war kein Tropfen, sondern mehr als 600 Badewannen voll Flüssigkeit. Die Rede ist von dem Vorfall am 28. Juli, bei dem ein Pilot über der Pfalz 92 Tonnen Kerosin abgelassen hat. Wenige Tage später folgten acht weitere Tonnen eines anderen Fliegers. Beides kam dank aufmerksamer Bürger ans Tageslicht. Ihnen war aufgefallen, dass eine Maschine über ihren Köpfen auffallende Kreise zog und dabei vernebelten Sprit absanderte.

Immer wieder trifft es die Pfalz. Rund zwei Drittel aller Fälle, in denen über dem Bundesgebiet Kerosin abgelassen wird, ereignen sich über dieser Region. In Folge der jüngsten Ereignisse startete die Initiative Pro Pfälzerwald (IPP) eine Online-Petition. Bis gestern haben dort knapp 75.000 Menschen unterschrieben.

Die IPP kritisiert, dass über dem Pfälzerwald immer wieder Kerosin abgelassen wird. Mit der Online-Petition, die sich an Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) und Klaus-Dieter Scheurle, den Geschäftsführer der Deutschen Flugsicherung (DFS), richtet, will die Bürgerinitiative mehr Transparenz erreichen. Die IPP fordert, dass Treibstoffablässe binnen 24 Stunden bekanntgegeben werden. Der Politik wirft die Initiative vor, zu „Intransparenz, Verharmlosung und einer Hinhaltetaktik“ zu neigen.

Außerdem lud die IPP für vergangenen Sonntag zur Demonstration an die zwischen Maikammer und Elmstein gelegene Totenkopfhütte. An der Kundgebung beteiligten sich Politiker verschiedener Parteien. Die Fraktionen im Mainzer Landtag und einzelne Bundestagsabgeordnete aus der Region haben das Thema schon länger auf

dem Schirm. Bei der nächsten Plenarsitzung in Mainz soll – mal wieder – über das leidige Thema Kerosinablass diskutiert werden.

Kurz vor Beginn der Debatte will die IPP die gesammelten Unterschriften an die zuständigen Landespolitiker überreichen. Das bestätigte die Vorsitzende der Bürgerinitiative, Cornelia Hegele-Raih (Kuhardt), gestern gegenüber der RHEINPFALZ.

Während in der Pfalz in vielen Orten der Volkszorn kocht und selbst überregionale Medien wie das „ZDF“ oder die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ das Thema mittlerweile entdeckt haben, tut sich auch was im fernen Berlin. Knapp ein halbes Jahr nachdem Angela Merkel, Horst Seehofer und Andrea Nahles den Koalitionsvertrag unterschrieben haben, scheint die dortige Passage „Wir wollen auf die Deutsche Flugsicherung einwirken, die Treibstoffschnellablässe zeitnah auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen“ kurz vor der Umsetzung zu stehen.

Das Luftfahrtbundesamt soll die Daten künftig im Netz veröffentlichen.

Wie das Bundesverkehrsministerium der RHEINPFALZ mitteilt, soll allerdings das Luftfahrtbundesamt (LBA) die Daten ins Netz stellen, nicht die Flugsicherung. Das Ministerium erklärt das damit, dass das LBA für die Überwachung des Betriebs von Flugzeugen zuständig ist. Die DFS unterstütze den Piloten dabei, geeignete Räume zu finden, in denen Kerosin abgelassen werden kann. Ein anderer Grund, weshalb das LBA und nicht die DFS für die Veröffentlichung der Daten zuständig sein soll, ist in Berlin nur hinter vorgehaltener Hand zu hören. Dem Vernehmen nach haben sich die Verantwortlichen auch deshalb für das LBA entschieden, weil das im Gegen-



Rund 300 Personen protestierten am vergangenen Sonntag im Pfälzerwald gegen den Kerosinablass über der Region.

FOTO: MEHN

satz zur Flugsicherung eine Behörde ist. Die DFS ist hingegen in Form einer GmbH organisiert. Eine Behörde wie die LBA genieße andere Autoritäten, heißt es in gut informierten Kreisen.

Der südpfälzische Bundestagsabgeordnete Thomas Gebhart (CDU) sagt, ihm sei es egal, wo die Informationen zu finden seien. Hauptsache sie seien für die Öffentlichkeit zugänglich. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium hat nach eigenen Angaben noch eine weitere Information aus dem Verkehrsministerium erhalten. Demzufolge soll künftig nicht nur über Treibstoffschnellablässe von zivilen, sondern auch von militärischen Flugzeugen informiert werden. Gebhart begrüßt diesen Schritt und verweist darauf, dass das unionsgeführte Verkehrsministerium den Koalitionsvertrag umsetze. Mit diesem Hinweis zielt er nicht zuletzt in Richtung des sozialdemokratischen Koalitionspartners.

Der westpfälzische Bundestagsabgeordnete Gustav Herzog (SPD) hatte sich in der Vergangenheit mehrfach in der Angelegenheit an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) gewandt. Immer wieder hatte er ihn gemahnt, doch endlich die entsprechenden Vereinbarungen im Koalitionsvertrag umzusetzen. Mit dem jetzigen Ergebnis ist Herzog zufrieden. Er begrüßt, dass künftig jedermann im Internet nachschauen kann, ob und wo ein Flugzeug möglicherweise Kerosin abgelassen hat. Herzog sagt aber auch: „Das ist nur der erste Schritt.“ Die Informationskette – beispielsweise zu den jeweiligen Landesämtern und Behörden – müsse ebenfalls verbessert werden, damit diese im Fall der Fälle ihre Analysegeräte entsprechend einstellen könnten. So wäre es eventuell möglich, herauszufinden, was von dem abgelassenen Treibstoff überhaupt am Boden ankommt.

KOMMENTAR

KOMMENTAR

Längst überfällig

VON ANDREAS GANTER

Es ist gut, dass Kerosinablässe künftig veröffentlicht werden. Am Grundproblem ändert das aber überhaupt nichts.

Es ist ein Ärgernis: Über unseren Köpfen lassen Piloten eine Brühe ab, die mutmaßlich giftig ist und von der wohl einiges am Boden ankommt. Dass die Vorfälle von offizieller Seite veröffentlicht werden, ist längst überfällig. Mindestens genauso überfällig ist jedoch eine fundierte Studie, aus der hervorgeht, welche Mengen und welche möglicherweise gesundheitsgefährdende Stoffe überhaupt am Boden ankommen. Und noch was: Nur weil der Sprit über der Pfalz abgelassen wird, heißt das noch lange nicht, dass er hier die Erde berührt. So lange es keine wissenschaftlich belastbaren Messungen dazu gibt, bleibt die Öffentlichkeit zurecht besorgt. Aufgabe der Politik ist es, diese jahrzehntelange Unsicherheit endlich zu beenden und eine aussagekräftige Studie zu beauftragen. Das wären sinnvoll investierte Steuern. Interessant ist in dem Kontext der Vorschlag des CDU-Politikers Christian Baldauf. Der will die Fluglinien an den Kosten dieser Studie beteiligen. Hoffentlich fällt seine Idee nicht dem Parteien-Gezänk zu Opfer.